

Gemeinsame Pressemitteilung von



31.08.2022

Streit um geplante Bebauung von Kleingartenanlage

Gartenfreunde-Kreisverband reicht Kündigungsschutzklage gegen Stadt Köln ein

Noch im Oktober 2020 waren sich die Stadt Köln und der Kreisverband Kölner Gartenfreunde e.V. einig: „Kleingartenflächen (...) dürfen nicht in Bauland umgewandelt werden“, heißt es unzweideutig in einer gemeinsam mit dem Ernährungsrat Köln und Umgebung sowie dem Mieterverein Köln herausgegebenen Pressemitteilung (<https://www.ernaehrungsrat-koeln.de/pressemitteilungen/>). Nicht weniger eindeutig ist die aktuelle, zwischen GRÜNEN, CDU und Volt für den Kölner Stadtrat abgeschlossene Bündnisvereinbarung auf Seite 12: „Der Bestand der Kölner Kleingartenanlagen wird garantiert.“ Umso größer war die Überraschung und Enttäuschung beim Kreisverband Kölner Gartenfreunde e.V., als die Stadt Köln Anfang dieses Jahres den Pachtvertrag über eine 4.330 qm große Fläche der Kleingartenanlage Faßbenderkaul in Raderthal kündigte. Begründung der Stadt in einem knappen Schreiben an den Kreisverband: Bebauung der Gärten.

Armin Wirth, Vorstandsvorsitzender des Kreisverbands und Rechtsanwalt, erlebt seit Jahren einen starken Anstieg der Kleingarten-Nachfrage in Köln – mit gemischten Gefühlen: „So sehr ich mich freue, dass sich immer mehr Menschen für das Gärtnern begeistern, so frustrierend ist die Unterversorgung mit Kleingärten in Köln“, sagt Wirth unter Verweis auf ein aktuelles Ranking der 20 größten deutschen Städte, bei dem Köln mit nur 1,5 Kleingärten pro 100 Einwohner den vorletzten Platz belegt. „Wir können den zahlreichen Interessenten derzeit keinen einzigen freien Garten anbieten. Die meisten Mitgliedsvereine mussten ihre übervollen Wartelisten schließen; die Wartezeit beträgt zum Teil über 10 Jahre.“ Dass die Stadt nun in der Anlage Faßbenderkaul das Kleingarten-Angebot noch reduzieren will, hält er nicht nur für falsch, sondern auch für rechtswidrig. Da die Stadt sich weigert einzulenken, hat der Kreisverband nun beim Amtsgericht Köln Klage gegen die Kündigung eingereicht. „Wir haben uns dazu entschlossen, weil wir in erster Linie unseren Mitgliedsvereinen gegenüber verpflichtet sind, vorliegend also dem KGV Köln Süd e.V., der seine Gärten erhalten möchte. Das gute Verhältnis zur Stadt soll dadurch nicht getrübt werden“, so Wirth.

Als Naturschutzverband hebt der BUND die ökologische Bedeutung der Kölner Kleingartenanlagen für das stark bebaute Stadtgebiet hervor. Helmut Röscheisen vom BUND Köln hat aber auch die Lebensqualität der Stadt für ihre menschlichen Bewohner im Blick: „Gartenanlagen kühlen ihre Umgebung ab und haben ihren Nutzern während der bisher drei Hitzewellen dieses Sommers eine Rückzugsmöglichkeit eröffnet“, unterstreicht er und fragt sich: „Welchen Sinn hatte die Ausrufung des Klimanotstands und die Verabschiedung des Aktionsplans „Essbare Stadt“, wenn nun Gartenflächen vernichtet und versiegelt werden?“ Röscheisen fordert: „Beim Wohnungsbau muss die

vorhandene Siedlungsfläche durch Aufstockung von Gebäuden und Mobilisierung von Baulücken effizienter genutzt werden.“ Möglichkeiten zu einer solchen Innenentwicklung sieht er auch in der direkten Umgebung der Kleingartenanlage Faßbenderkaul. „Umso verantwortungsloser ist daher die Bebauung der Gartenflächen“, findet Röscheisen. Er beruft sich auf den gesetzlichen Schutz des unbebauten Außenbereichs, dem auch Kleingartenanlagen zugerechnet werden.

Aus diesem Grund hält der Kleingärtnerverein KGV Köln Süd das Bauvorhaben auf seiner Anlage Faßbenderkaul für rechtswidrig. Vereinssprecher Simon Burger hat der Stadtverwaltung bereits Anfang Juni mitgeteilt, dass er wegen mehrerer Rechtsverstöße auch die Kündigung des Pachtvertrags für unwirksam hält. Seither wartet der Jurist auf eine Stellungnahme. Burger: „Dass die Stadtverwaltung mit rechtswidrigen Mitteln versucht, einen privaten Außenbereichs-Schwarzbau zu ermöglichen, ist mehr als nur befremdlich. Dabei werden die Interessen scheinbar wehrloser Kleingärtner denen eines Großunternehmers geopfert“. Als besonders rücksichtslos empfindet es Burger, dass die Stadt von seinen Gartennachbarn schon in diesem November die Räumung verlangt, ohne Ersatzparzellen bereitzustellen.

Der KGV Köln Süd hatte zunächst versucht, mit einem an die Politik gerichteten Positionspapier und einer gleichlautenden, von 3.206 Personen unterstützten online-Petition die drohende Gartenvernichtung abzuwenden (<https://www.openpetition.de/petition/online/keine-vernichtung-von-kleingaerten-in-koeln-raderthal?fbclid=IwAR2Zp4yMx6PMgCd4nrh1epUmFK-e0bPj1UkXY5B9rsKjBKIEInlpWx-GcMHQ>). Gleichwohl hat der Stadtrat am 20. Juni mehrheitlich für den Verkauf der Fläche gestimmt. Obwohl die Entscheidung im nichtöffentlichen Sitzungsteil fiel, wurde inzwischen bekannt, dass die „WvM Köln Immobilien + Projektentwicklung GmbH“ die Käuferin ist.

Schon in seiner Petition hatte der KGV Köln Süd bemängelt, durch Beratung hinter verschlossenen Ratstüren werde eine bedeutende umwelt- und sozialpolitische Entscheidung der demokratischen Kontrolle entzogen. Vereinssprecher Burger findet: „Die Wähler müssen nachvollziehen können, was in ihrem Namen im Rathaus und im Stadtrat entschieden wird!“ Burger fürchtet, dass die Stadtentwicklung demokratisch nicht legitimierten Privatunternehmen überlassen wird; er fordert die Aufstellung eines Bebauungsplans im dafür vorgeschriebenen Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung. Derzeit sieht er noch viele Fragen offen: Warum die Fläche verkauft wurde, welche konkreten Zusagen und Vorgaben dem Käufer gemacht wurden, warum gerade WvM den Zuschlag erhalten hat und ob überhaupt eine öffentliche Ausschreibung erfolgt ist.

Als einzige Stadtratsfraktion hat DIE FRAKTION gegen den Flächenverkauf gestimmt. Walter Wortmann, Ratsmitglied DIE FRAKTION, kritisiert seit langem eine fehlende Berücksichtigung von Gemeinwohlinteressen bei städtischen Immobiliengeschäften. „Dass nun schon Kleingärten verschleudert werden, ist ein weiteres Beispiel für das üble System der Hinterzimmerpolitik, das den Kölner Immobilienmarkt im Griff hat und sich um politische Versprechen einen Dreck schert. Ich hoffe, dass die Klage der Gartenfreunde dazu beiträgt, auch die sekundierende Rolle der Verwaltung aufzuklären“, sagt Wortmann und ergänzt: „Ich appelliere an die Mitglieder aller Parteien, ihre Ratsfraktionen aufzufordern, den Pächtern beizustehen und ihre Entscheidungen zurückzunehmen.“

Ansprechpartner: Helmut Röscheisen, he.roe@netcologne.de